



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
10. Januar 2011

Fünfundsechzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 77

Resolution der Generalversammlung

[*aufgrund des Berichts des Sechsten Ausschusses (A/65/465)*]

65/21. Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre dreiundvierzigste Tagung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2205 (XXI) vom 17. Dezember 1966, mit der sie die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) schuf, mit dem Auftrag, die fortschreitende Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts zu fördern und dabei die Interessen aller Völker, insbesondere derjenigen der Entwicklungsländer, an der umfassenden Ausweitung des internationalen Handels zu berücksichtigen,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, dass die fortschreitende Modernisierung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts durch den Abbau oder die Beseitigung rechtlicher Hindernisse für den internationalen Handelsverkehr, insbesondere soweit diese die Entwicklungsländer betreffen, einen bedeutenden Beitrag zur weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Gerechtigkeit, des gemeinsamen Interesses und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit, zur Beseitigung der Diskriminierung im internationalen Handel und dadurch zum Frieden, zur Stabilität und zum Wohl aller Völker leisten würde,

nach Behandlung des Berichts der Kommission über ihre dreiundvierzigste Tagung¹,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, dass die von anderen Organen ohne ausreichende Abstimmung mit der Kommission unternommenen Tätigkeiten auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts zu unerwünschter Doppelarbeit führen könnten, was nicht dem Ziel der Förderung von Effizienz, Geschlossenheit und Kohärenz bei der Vereinheitlichung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts entspreche,

in Bekräftigung des Mandats der Kommission, als zentrales Rechtsorgan des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts die Rechtstätigkeiten auf diesem Gebiet zu koordinieren, insbesondere um Doppelarbeit zu vermeiden, namentlich zwischen den die internationalen Handelsregeln ausarbeitenden Organisationen,

¹ *Official Records of the General Assembly, Sixty-fifth Session, Supplement No. 17 (A/65/17).*



und bei der Modernisierung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts Effizienz, Geschlossenheit und Kohärenz zu fördern, und über ihr Sekretariat auch künftig eng mit den anderen auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts tätigen internationalen Organen und Organisationen, einschließlich der Regionalorganisationen, zusammenzuarbeiten,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von dem Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre dreiundvierzigste Tagung¹;

2. *würdigt* die Kommission für die Fertigstellung und Verabschiedung der folgenden drei neuen Normen des internationalen Handelsrechts: der UNCITRAL-Schiedsordnung in der überarbeiteten Fassung 2010², des UNCITRAL-Gesetzgebungsleitfadens zu Sicherungsgeschäften: Zusatz betreffend Sicherungsrechte an geistigem Eigentum³ und des dritten Teils des UNCITRAL-Rechtsleitfadens über Insolvenzrecht betreffend die Behandlung von Unternehmensgruppen in der Insolvenz⁴;

3. *legt der Kommission nahe*, die Überarbeitung des UNCITRAL-Mustergesetzes über die öffentliche Auftragsvergabe für Güter, Bau- und Dienstleistungen⁵ auf ihrer vierundvierzigsten Tagung im Jahr 2011 abzuschließen;

4. *begrüßt* den Beschluss der Kommission, sich mit neuen Themen auf dem Gebiet der Beilegung von Handelsstreitigkeiten, der Sicherungsrechte und des Insolvenzrechts zu befassen und auf dem Gebiet der Online-Streitbeilegung tätig zu werden;

5. *begrüßt außerdem* den Beschluss der Kommission, internationale Kolloquien abzuhalten, um die Festlegung eines Fahrplans für die künftige Arbeit der Kommission auf dem Gebiet des elektronischen Geschäftsverkehrs zu erleichtern und die rechtlichen und ordnungspolitischen Fragen im Umfeld der Mikrofinanzierung zu untersuchen, die unter das Mandat der Kommission fallen;

6. *begrüßt ferner* die Fortschritte bei dem laufenden Projekt der Kommission zur Überwachung der Durchführung des am 10. Juni 1958 in New York beschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche⁶ und ersucht das Sekretariat, seine Anstrengungen zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Leitfadens für die Umsetzung des Übereinkommens in innerstaatliches Recht fortzusetzen, mit dem Ziel, eine einheitliche Auslegung und Anwendung des Übereinkommens zu fördern;

7. *unterstützt* die Anstrengungen und Initiativen, die die Kommission als zentrales Rechtsorgan des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts unternimmt, um die Koordinierung der Rechtstätigkeiten der auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts tätigen internationalen und regionalen Organisationen und die diesbezügliche Zusammenarbeit zu verstärken sowie auf nationaler und internationaler Ebene die Rechtsstaatlichkeit auf diesem Gebiet zu fördern, und appelliert in dieser Hinsicht an die zuständigen internationalen und regionalen Organisationen, ihre Rechtstätigkeiten mit derjenigen der Kommission zu koordinieren, um Doppelarbeit zu vermeiden und die Effizienz, Geschlossenheit und Kohärenz bei der Modernisierung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts zu fördern;

² Ebd., Kap. III und Anhang I.

³ Ebd., Kap. IV.

⁴ Ebd., Kap. V.

⁵ Ebd., *Forty-ninth Session, Supplement No. 17* und Korrigendum (A/49/17 und Corr.1), Anhang I.

⁶ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 330, Nr. 4739. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1961 II S. 121; öBGBI. Nr. 200/1961; AS 1965 795.

8. *erklärt erneut*, wie wichtig vor allem für die Entwicklungsländer die Arbeit der Kommission betreffend die technische Zusammenarbeit und Hilfe auf dem Gebiet der Reform und Entwicklung des internationalen Handelsrechts ist, und

a) begrüßt in diesem Zusammenhang die Initiativen der Kommission, die darauf gerichtet sind, über ihr Sekretariat ihr Programm für technische Zusammenarbeit und Hilfe auszubauen, und legt in dieser Hinsicht dem Generalsekretär nahe, sich um Partnerschaften mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu bemühen, um die Tätigkeit der Kommission besser bekannt zu machen und die wirksame Anwendung der aus ihrer Tätigkeit resultierenden Rechtsnormen zu erleichtern;

b) dankt der Kommission für die Durchführung von Tätigkeiten auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit und Hilfe in einzelnen Ländern sowie auf subregionaler und regionaler Ebene und für die Gewährung von Hilfe bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts und lenkt die Aufmerksamkeit des Generalsekretärs auf die begrenzten Ressourcen, die in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden;

c) dankt den Regierungen, deren Beiträge die Tätigkeiten auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit und Hilfe ermöglicht haben, und appelliert an die Regierungen, die zuständigen Organe des Systems der Vereinten Nationen sowie an Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, freiwillige Beiträge an den Treuhandfonds für Symposien der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht und nach Bedarf zur Finanzierung von Sonderprojekten zu leisten und das Sekretariat der Kommission auch anderweitig bei der Durchführung von Tätigkeiten auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit und Hilfe, insbesondere in Entwicklungsländern, zu unterstützen;

d) appelliert abermals an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und an die anderen für Entwicklungshilfe zuständigen Organe, wie beispielsweise die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken, sowie an die Regierungen im Rahmen ihrer bilateralen Hilfsprogramme, das Programm der Kommission für technische Zusammenarbeit und Hilfe zu unterstützen und angesichts des maßgeblichen und wichtigen Beitrags der Arbeit und der Programme der Kommission zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene und zur Verwirklichung der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen, einschließlich der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, mit der Kommission zusammenzuarbeiten und ihre Aktivitäten mit denen der Kommission abzustimmen;

e) begrüßt es, dass die Kommission das Sekretariat ersucht hat, zu prüfen, wie es seine Tätigkeiten auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit und Hilfe besser in die von den Vereinten Nationen vor Ort durchgeführten Tätigkeiten integrieren könnte, insbesondere über das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen oder andere Landesbüros der Vereinten Nationen;

9. *appelliert* an die Regierungen, die zuständigen Organe des Systems der Vereinten Nationen sowie an Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, freiwillige Beiträge an den Treuhandfonds zu leisten, der geschaffen wurde, um den Entwicklungsländern, die Mitglied der Kommission sind, auf Antrag und im Benehmen mit dem Generalsekretär einen Reisekostenzuschuss zu gewähren, damit diese Zuschüsse erneut gewährt werden können und mehr sachverständige Vertreter aus Entwicklungsländern an den Tagungen der Kommission und ihrer Arbeitsgruppen teilnehmen können, was eine Voraussetzung dafür ist, in diesen Ländern lokale Fachkenntnisse und Kapazitäten auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts aufzubauen und so die Entwicklung des internationalen Handels und die Förderung ausländischer Investitionen zu erleichtern;

10. *beschließt*, zwecks Gewährleistung der vollen Teilnahme aller Mitgliedstaaten an den Tagungen der Kommission und ihrer Arbeitsgruppen während der fünfundsechzigsten Tagung der Generalversammlung in dem zuständigen Hauptausschuss auch weiterhin zu prüfen, ob den am wenigsten entwickelten Ländern, die Mitglied der Kommission sind, auf Antrag und im Benehmen mit dem Generalsekretär ein Reisekostenzuschuss gewährt werden kann;

11. *begrüßt*, dass die Kommission nach der umfassenden Überprüfung ihrer Arbeitsmethoden, die sie von ihrer vierzigsten bis zweiundvierzigsten Tagung in Anbetracht der jüngsten Erhöhung der Mitgliederzahl der Kommission und der Zahl der von ihr behandelten Themen vornahm, eine Zusammenfassung der Schlussfolgerungen zum Thema der Geschäftsordnung und der Arbeitsmethoden der Kommission⁷ verabschiedet hat, und fordert die Mitgliedstaaten, die Nichtmitgliedstaaten, die Beobachterorganisationen und das Sekretariat auf, die Geschäftsordnung und die Arbeitsmethoden anzuwenden, mit dem Ziel, die hohe Qualität der Arbeit der Kommission und die internationale Akzeptanz der von ihr ausgearbeiteten Rechtsinstrumente sicherzustellen, und erinnert in dieser Hinsicht an ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage;

12. *schließt sich* der Überzeugung der Kommission *an*, dass die Umsetzung und wirksame Anwendung der Normen des modernen Privatrechts im internationalen Handel für die Förderung guter Regierungsführung, eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung und die Beseitigung der Armut und des Hungers unerlässlich sind und dass die Förderung der Rechtsstaatlichkeit in den Handelsbeziehungen ein fester Bestandteil der umfassenderen Agenda der Vereinten Nationen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene sein soll, unter anderem über die von der Einheit für Rechtsstaatlichkeit im Exekutivbüro des Generalsekretärs unterstützte Gruppe für Koordinierung und Ressourcen im Bereich Rechtsstaatlichkeit;

13. *begrüßt* die während der dreiundvierzigsten Tagung der Kommission geführte Podiumsdiskussion über Rechtsstaatlichkeit in Gewerbe und Handel und nimmt mit Anerkennung Kenntnis von der Eröffnungsansprache der Stellvertretenden Generalsekretärin und den von Vertretern der Staaten und der multilateralen Entwicklungsbanken und vom Direktor der Einheit der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit abgegebenen Erklärungen, in denen sie erneut auf die Rolle der Kommission bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene und die Auswirkungen der Arbeit der Kommission auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, einschließlich der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, die Förderung der Koordinierung und Kohärenz der technischen Hilfe und den Aufbau von Kapazitäten auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts und im Rahmen des Wiederaufbaus nach Konflikten hinwiesen⁸;

14. *nimmt Kenntnis* von den Beschlüssen, die die Kommission am Ende der Podiumsdiskussion fasste, und begrüßt vor allem diejenigen, die die Arbeit der Kommission stärker in die gemeinsamen Rechtsstaatlichkeitsprogramme der Vereinten Nationen einbinden, insbesondere indem die Arbeit der Kommission im gesamten System der Vereinten Nationen besser bekannt gemacht und ein regelmäßiger Dialog zwischen der Kommission und der Gruppe für Koordinierung und Ressourcen im Bereich Rechtsstaatlichkeit gefördert wird⁹;

⁷ Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-fifth Session, Supplement No. 17 (A/65/17)*, Ziff. 305 und Anhang III.

⁸ Ebd., Kap. XVII.

⁹ Ebd., Ziff. 334-336.

15. *begrüßt*, dass die Kommission im Zusammenhang mit ihrer Behandlung des Entwurfs des Strategischen Rahmens für den Zeitraum 2012-2013¹⁰ den Entwurf des Zweijahres-Programmplans für das Unterprogramm 5 (Fortschreitende Harmonisierung, Modernisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts) des Programms 6 (Rechtsangelegenheiten) überprüft hat, nimmt davon Kenntnis, dass die Kommission auch ihrer Besorgnis darüber Ausdruck verliehen hat, dass die dem Sekretariat im Rahmen des Unterprogramms 5 zugewiesenen Ressourcen nicht ausreichen, um die gestiegene Nachfrage aus Entwicklungs- und Transformationsländern nach technischer Hilfe bei Gesetzesreformen auf dem Gebiet des Handelsrechts zu befriedigen, und nimmt außerdem davon Kenntnis, dass die Kommission dem Generalsekretär eindringlich nahegelegt hat, dafür zu sorgen, dass die vergleichsweise geringen zusätzlichen Mittel, die zur Deckung eines für die Entwicklung so ausschlaggebenden Bedarfs benötigt werden, rasch zur Verfügung gestellt werden¹¹;

16. *nimmt davon Kenntnis*, dass die Kommission ihrer Besorgnis darüber Ausdruck verliehen hat, dass die Ressourcenausstattung ihres Sekretariats mit dem wachsenden Bedarf im Hinblick auf eine einheitliche Auslegung der Texte der Kommission, die als für die wirksame Umsetzung dieser Texte unverzichtbar angesehen wird, nicht Schritt hält, und dass die Kommission dem Sekretariat nahegelegt hat, verschiedene Möglichkeiten zur Ausräumung dieser Besorgnis zu erkunden, unter anderem durch den Aufbau von Partnerschaften mit interessierten Institutionen und die Errichtung einer Säule innerhalb des Sekretariats der Kommission, die sich auf die Förderung von Mitteln und Wegen zur einheitlichen Auslegung der Texte der Kommission konzentriert, insbesondere durch die Pflege und Erweiterung des Systems zur Sammlung und Verbreitung der Rechtssprechung zu Texten der Kommission (das CLOUT-System)¹²;

17. *erinnert an ihre Resolutionen über Partnerschaften zwischen den Vereinten Nationen und nichtstaatlichen Akteuren, insbesondere dem Privatsektor¹³, und ihre Resolutionen, in denen sie der Kommission nahelegte, weiter unterschiedliche Möglichkeiten für die Nutzung von Partnerschaften mit nichtstaatlichen Akteuren bei der Durchführung ihres Mandats zu erkunden, insbesondere auf dem Gebiet der technischen Hilfe, im Einklang mit den anwendbaren Grundsätzen und Leitlinien und in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den sonstigen zuständigen Sekretariats-Bereichen, einschließlich des Büros für den Globalen Pakt¹⁴;*

18. *ersucht den Generalsekretär erneut, im Einklang mit ihren Resolutionen über Dokumentationsfragen¹⁵, in denen insbesondere betont wird, dass eine Reduzierung der Länge von Dokumenten weder die Qualität ihrer Aufmachung noch ihren Inhalt beeinträchtigen darf, bei der Anwendung der Regel zur Begrenzung der Seitenzahl der Dokumente der Kommission die Besonderheiten des Mandats und der Arbeit der Kommission zu berücksichtigen;*

19. *ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin Kurzprotokolle der Tagungen der Kommission, einschließlich der Tagungen der von der Kommission für die Dauer ihrer Jah-*

¹⁰ A/65/6 (Prog. 6).

¹¹ Siehe *Official Records of the General Assembly, Sixty-fifth Session, Supplement No. 17 (A/65/17)*, Ziff. 346.

¹² Ebd., Ziff. 347.

¹³ Resolutionen 55/215, 56/76, 58/129, 60/215, 62/211 und 64/223.

¹⁴ Resolutionen 59/39, 60/20 und 61/32.

¹⁵ Resolutionen 52/214, Abschn. B, 57/283 B, Abschn. III, und 58/250, Abschn. III.

restagungen eingesetzten Gesamtausschüsse, anfertigen zu lassen, die der Ausarbeitung normsetzender Texte gewidmet sind;

20. *erinnert* an ihre Resolution, in der sie die Erstellung des *Yearbook of the United Nations Commission on International Trade Law* (Jahrbuch der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht) billigte, mit dem Ziel, die Arbeit der Kommission besser bekannt und leichter zugänglich zu machen¹⁶, bekundet ihre Besorgnis hinsichtlich der zeitnahen Veröffentlichung des Jahrbuchs und ersucht den Generalsekretär, Möglichkeiten zur Erleichterung der zeitnahen Veröffentlichung des Jahrbuchs zu sondieren;

21. *betont*, wie wichtig es für die weltweite Vereinheitlichung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts ist, dass die aus der Arbeit der Kommission hervorgegangenen Übereinkommen in Kraft treten, und legt zu diesem Zweck den Staaten, die diese Übereinkommen noch nicht unterzeichnet und ratifiziert haben beziehungsweise ihnen noch nicht beigetreten sind, eindringlich nahe, dies zu erwägen;

22. *begrüßt* die Erstellung von Kompendien der Rechtsprechung zu Texten der Kommission, wie etwa eines Kompendiums der Rechtsprechung zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf¹⁷ und eines Kompendiums der Rechtsprechung zum Mustergesetz der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit¹⁸, durch die die Verbreitung von Informationen über diese Texte unterstützt werden soll und ihre Nutzung, ihre Umsetzung in innerstaatliches Recht und ihre einheitliche Auslegung gefördert werden sollen.

57. Plenarsitzung
6. Dezember 2010

¹⁶ Siehe Resolution 2502 (XXIV).

¹⁷ United Nations, *Treaty Series*, Vol. 1489, Nr. 25567. Amtliche deutschsprachige Fassungen: dBGBI. 1989 II S. 586; öBGBI Nr. 96/1988; AS 1991 307.

¹⁸ Siehe *Official Records of the General Assembly, Fortieth Session, Supplement No. 17* (A/40/17), Anhang I, und ebd., *Sixty-first Session, Supplement No. 17* (A/61/17), Anhang I.